

Pressemitteilung

Stuttgart, 30. Juni 2012

Bund und Länder haben sich am Mittwochabend darauf geeinigt, dass es bei den geplanten starken Kürzungen der Fotovoltaik-Einspeisetarife zum 1. April um bis zu über 30 Prozent bleiben wird. Gleichzeitig wird im mittleren Anlagensegment eine Größenklasse zwischen 10 und 40 Kilowatt für größere Dachanlagen geschaffen. Es wurde u.a. beschlossen:

- Kleine, im Juli installierte Aufdachanlagen (bis 10 kW), erhalten eine Vergütung von 18,92 Cent/kWh, Anlagen von 10 bis 40 kWh erhalten 17,95 Cent.
- Solarstromanlagen zwischen 10 und 1.000 Kilowatt erhalten nur noch für 90 Prozent ihres erzeugten Stroms den Einspeisetarif.
- Große Photovoltaik-Anlagen erhalten nur bis zur Obergrenze von zehn Megawatt Leistung eine Einspeisevergütung. Die bisherigen Einspeisetarife für Solarstrom sollen mit Erreichen einer gesamtinstallierten Leistung von 52 Gigawatt auslaufen. Seit 1990 sind bisher etwa 27 Gigawatt installiert worden.
- Gestern beschlossen die Regierungsfractionen eine unterirdische Lagerung von CO₂ (CCS) in Deutschland zu erlauben.

Das Handeln der Regierung und dabei besonders der Minister Rösler und Brüderle zeigt, dass sie immer noch Marionetten der vier Monopolkonzerne sind.

Offiziell tritt die Regierung für die Energiewende ein. Tatsächlich möchte sie eine schnelle Energiewende stoppen z.B. durch die drastischen und völlig überzogenen Kürzungen von bis zu 30%, die rückwirkend ab 1. April gelten. Sie möchte den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien, das Herzstück der Energiewende, zum Stillstand bringen. Durch die monatlichen Absenkungen möchte sie die Planungssicherheit verhindern und Investoren abschrecken und Aufträge des Handwerks verhindern. Steigende Insolvenzen und tausende verlorener Arbeitsplätze sind die Konsequenz. Rösler und Brüderle wollen ein Ende des EEG und einen Deckel auf den Ausbau, am liebsten ein Quotenmodell, das in England schon gescheitert ist. Mit ihrer Politik schädigen sie der Fotovoltaik-Industrie, den Projektierern und Handwerkern. Mit dieser Politik wird aber auch zunehmend den Bürgerenergiegenossenschaften wie z.B. der Bürgerenergiegenossenschaft Stuttgart, die Einnahmegrundlage entzogen. Da viele Bürgergenossenschaften Dächer anmieten, wird es zusehends schwieriger Dächer zu bekommen, da den Dachvermietern die Dachmieten zu gering sind. Hinzu kommt, dass 10 % des Stromes selbst verbraucht werden muss, was eine weitere, indirekte Kürzung bedeutet. Gleichzeitig ebnen sie den Energiemonopolisten durch CCS den Weg zu Errichtung weiterer zentraler Kohle- und Braunkohlekraftwerken.

Wir fordern – wie auch Eurosolar -

- am Erneuerbare-Energien-Gesetz und dessen Grundprinzipien festzuhalten: feste Vergütungssätze, Einspeisevorrang und Planungssicherheit
- das angepeilte Ziel im Stromsektor bis 2020 von 35 % auf 50% Erneuerbare Energien zu erhöhen und so die Ausbauziele der Bundesländer anzuerkennen

- den Zubaukorridor für die Fotovoltaik in den nächsten Jahren nicht zu beschränken, sondern ausgehend von mindestens 5 GW/Jahr weiter auszuweiten und eine installierte Gesamtleistung von mindestens 70 GW bis 2020 anzupeilen
- die geplanten drastischen Sonderkürzungen bei der Vergütung für Solarstrom zu stoppen, um stattdessen künftig die Vergütungssenkungen in gleitenden kleineren Schritten in einem Intervall von zwei Monaten vorzunehmen
- einen Systemdienstleistungsbonus für Solarkraftwerke einzuführen, die mit modernen Wechselrichtern dazu beitragen, die Netzstabilität zu erhöhen und Netzausbaukosten reduzieren
- ein umfassendes Markteinführungsprogramm für Energiespeicher aufzulegen - sowohl für Batterien im Stundenbereich als auch Lösungen für Langfristspeicher, wie z. B. synthetisches Erdgas aus Wind- und Sonnenstrom
- kein CCS (unterirdische Speicherung von CO₂) in Deutschland, weil es nur den Energie-monopolisten dient.

Jetzt geht es um die Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Dies entspricht dem Wunsch der Mehrheit unserer Gesellschaft, die eine umweltfreundliche, nachhaltige Energieversorgung wünscht. Dies sichert gleichzeitig die Zukunft unserer innovativen Wirtschaft und schafft hunderttausende neuer Arbeitsplätze.

Im Namen des Klima- und Umweltbündnisses Stuttgart

Traude Heberle-Kik Dieter Bareis Manfred Niess Klaus-Dieter Straub